



Parlament 1017 Wien
www.konvent.gv.at

Protokoll
über die 12. Sitzung des Ausschusses 6
am 21. Juni 2004
im Parlament, Lokal IV

Anwesend:

Mag. Werner Wutscher	(Vorsitzender)
Mag. Oliver Henhapel	(Vertretung für Elisabeth Gehrler)
Univ.Prof. Dr. Clemens Jabloner	
Univ.-Prof. Dr. Gerhart Wielinger	(Vertretung für Waltraud Klasnic)
Dr. Ulrich E. Zellenberg	(Vertretung für Dr. Christoph Leitl)
Dr. Manfred Matzka	
Dr. Robert Tauber	(Vertretung für Hans Niessl)
Dr. Michaela Pfeifenberger	
Univ.Prof. Dr. Bernhard Raschauer	
Dr. Alfred Finz	(Vertretung für Dr. Wolfgang Schüssel)
Dr. Klaus Wejwoda	(Vertretung für Rudolf Schwarzböck)

Weitere Teilnehmer/Teilnehmerinnen:

Mag. Klaus Hartmann	(mit Univ.Prof. Dr. Bernhard Raschauer)
Dr. Marlies Meyer	(für Dr. Eva Glawischnig)
Mag. Veronika Mickel	(für Univ. Prof. Dr. Andreas Kohl)
Mag. David Marwan	(mit St.-Sek. Dr. Alfred Finz)
Mag. Ronald Faber	(für Dr. Peter Kostelka)
Dr. Wolfgang Janele	(für den Klub der FPÖ)

Büro des Österreich-Konvents:

Mag. Michael Bauer
Birgit Mayerhofer

(fachliche Ausschussunterstützung)
(Ausschusseksretärin)

Entschuldigt:

Dr. Johannes Schnizer
Dr. Michael Häupl
Mag. Herbert Haupt
Dr. Josef Pühringer
Friedrich Verzetnitsch
Bernd Vögerle
Dr. Peter Wittmann
Dr. Karl Staudinger

Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 10.17 Uhr

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit
2. Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung vom 23.3.2004
3. Mandatsverlängerung und weitere Vorgangsweise
4. Terminplanung
5. Allfälliges

Tagesordnungspunkt 1: Begrüßung und Feststellung der Anwesenheit

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Tagesordnungspunkt 2: Genehmigung des Protokolls der 11. Sitzung vom 23.03.2004

Das Protokoll der 11. Sitzung wird ohne Änderungen genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3: Mandatsverlängerung und weitere Vorgangsweise

Der Ausschussvorsitzende referiert über die beiden Mandatsverlängerungen sowie die dem Ausschuss 6 vom Ausschuss 2 zugeleitete Aufstellung von Normen im Verfassungsrang. Es wird Konsens über folgende Vorgangsweise erzielt:

Zur 1. Mandatsergänzung vom 29. April 2004:

Die Finanzverwaltung wird bereits in Ausschuss 10 behandelt. Es gibt daher keinen weiteren Diskussionsbedarf im Ausschuss 6. Dr. Finz wird einen Bericht über den Stand der Reformen in der Finanzverwaltung vorlegen.

Die Gesundheitsverwaltung wird im Zusammenhang mit der mittelbaren Bundesverwaltung (hier ist die Antwort des zuständigen Ministeriums noch ausständig) sowie im Zusammenhang mit dem Thema „gebietskörperschaftsübergreifende Kooperationsformen“ diskutiert werden.

Zum Thema „Partizipation“ haben die Grünen ein Papier eingebracht, das im Ausschuss diskutiert werden wird.

Zur 2. Mandatsergänzung vom 9. Juni 2004:

Zu 1) „mittelbare Bundesverwaltung“:

a)

Zum Thema „alternatives Steuerungsmodell des Bundes“: Ein solches Steuerungsmodell liegt nicht vor. Da die Repräsentanz der Länder durch vier Landesvertreter, die Mitglieder des Ausschusses sind, gegeben ist, wird dieser Punkt als erledigt betrachtet.

Zum Thema „Steuerungsinteresse des Bundes“: Die Bundesministerien wurden im Gegenstand angeschrieben. Sobald alle Antworten vorliegen, werden sie zusammengefasst und dem Ausschuss vorgelegt.

Zum Thema „Zusammenfassung aller fugitiven Bestimmungen“: Der Text sollte richtig lauten: „unmittelbaren Bundesverwaltung“.

Eine Analyse durch das Büro wird veranlasst.

b)

Zum Thema „Modifikation der mittelbaren Bundesverwaltung in einem Modell der generellen Steuerung“ wird Dr. Schnizer seinen Vorschlag ausarbeiten.

Zu 2) „Oberste Organe“:

Sowohl für den Punkt des ersten, als auch für den des zweiten Absatzes wurden bereits Textvorschläge vorgelegt, davon der erste Textvorschlag mit Konsens. Dieser Textvorschlag wird noch einmal dem Präsidium vorgelegt, der zweite Textvorschlag wird noch einmal im Ausschuss diskutiert werden.

Zu 3) „Öffentlicher Dienst“:

Im Ausschuss herrscht Konsens darüber, dass sich der Ausschuss auf die verfassungsrechtlichen Fragen konzentrieren soll. Vom Ausschussvorsitzenden wird eine Unterlage vorbereitet werden.

Zu 4) „erweitertes verfassungsrechtliches Effizienzgebot“:

Der konsensual erarbeitete Textvorschlag im Bericht wird mit den vom Präsidium aufgeworfenen Fragestellungen diskutiert werden.

Zu 5) „Schulverwaltung und Sicherheitsverwaltung“:

Für die vorliegenden Modelle sollen Textentwürfe von den Autoren bis 14. Juli 2004 ausgearbeitet werden. Bei Bedarf soll für die Ausformulierung der Verfassungstexte gutachterliche Unterstützung zugezogen werden können. Die Abklärung erfolgt durch das Büro.

Zu 6) „Systematisierung und Durchforstung“:

Auf die im Bericht durchgeführte Textgegenüberstellung wird verwiesen. Eine „Systematisierung und Durchforstung“ kann nur im Rahmen einer Diskussionsdiskussion der Bestimmungen erfolgen.

Zu 7) „Zuweisungen des Ausschusses 2“:

Bauer wird eine Clusterung nach Strukturfragen vornehmen und dem Ausschuss zur Diskussion vorlegen. Jene Bestimmungen, die keinem Cluster zugewiesen werden können, werden einzeln behandelt.

Der Ausschussvorsitzende berichtet darüber, dass das Gutachten zur Kostenfrage, das er in Auftrag geben wollte, vom Präsidium nicht bewilligt worden ist. Weiters teilt er mit, dass Dr. Staudinger auf eigenen Wunsch auf Grund von Terminproblemen als Experte aus dem Ausschuss ausscheidet.

Zu „Gemeinsame Themen der Ausschüsse 6 und 7“:

Das Präsidium hat die Punkte Weisung und Ausgliederung dem Ausschuss 6 und dem Ausschuss 7 zur gemeinsamen Beratung zugewiesen. Es wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt. Von Seiten des Ausschusses 6 werden Wutscher, Schnizer, Jabloner, Raschauer, Pesendorfer und Finz an dieser Arbeitsgruppe teilnehmen.

Bauer wird die Textvarianten aus dem Bericht zusammenstellen.

Tagesordnungspunkt 4: Terminplanung

Folgender Arbeitsplan wird festgelegt:

- 02. Juli 2004 Gesundheitsverwaltung / Textzusammenstellung für die gemeinsamen Beratungen der Ausschüsse 6 und 7
- 12. Juli 2004 Partizipation / mittelbare Bundesverwaltung / öffentlicher Dienst
- 19. Juli 2004 Schulverwaltung / Sicherheitsverwaltung

Es wird vereinbart, dass die Unterlagen für den 19. Juli 2004 längstens bis 14. Juli 2004 dem Ausschussvorsitzenden zugemittelt werden.

Tagesordnungspunkt 5: Allfälliges

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung 10:17 Uhr

Vorsitzender des Ausschusses 6:

Fachliche Ausschussunterstützung:

Mag. Werner Wutscher

Mag. Michael Bauer